

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riefa.
Hermann Nr. 22.
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa,
des Finanzamts Riefa und des Hauptkollektors Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1880.
Cirkular:
Riefa Nr. 22.

Nr. 249.

Freitag, 24. Oktober 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Druckerschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Beauftragter Rabat ist, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübemann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riefa.

Wirtschaftliche Wochenchau.

Es war eine Ueberraschung, als plötzlich zu Beginn der letzten Woche an den deutschen Börsen eine Haussebewegung einsetzte, die offenbar weder in der politischen noch in der wirtschaftlichen Lage eine ausreichende Begründung fand. Sie hat zwar nur wenige Tage andauerte und ist dann sofort wieder einer neuen Rückwärtsbewegung der Kurse gewichen, aber sie ist trotzdem als eine auffallende, einer Erklärung bedürftige Erscheinung anzusehen. An sich ist der schnelle Wechsel zwischen Haussestimmung und schrankenloser Baixe ja als ein Symptom des wirtschaftlichen Fiebers zu betrachten, in dem sich Deutschland seit Monaten befindet. Es bedarf bei einem solchen Krankheitszustande häufig nur ganz geringer äußerer Anregungen, um das Pendel der Wirtschaftstimmung mit größter Schnelligkeit nach der entgegengesetzten Seite ausschlagen zu lassen. Diesmal war es wohl die in Amerika in Gang gekommene Diskussion über ein Deutschland zu gewährendes Reparations-Moratorium und im Anschluß hieran über eine gleichzeitige Ermäßigung der Entschuldungen an Amerika und der deutschen Reparationsleistungen, die in Deutschland die Optimisten und die in den letzten Monaten so schwer geschlagene Haussepartei an der Börse für einige Tage übermächtig gemachten. Man knüpfte an diese Diskussion sehr weitgehende und, wie sich bald zeigte, ganz unangelegte Hoffnungen bezüglich eines Stimmungsumschwungs in Amerika und sogar einer künftigen Revision des Versailler Vertrages. Dabei überließ man, daß es sich bei den Deutschen gänzlich amerikanischen Erklärungen um Äußerungen unverantwortlicher oder jedenfalls nicht ausschlaggebender Privatpersonen handelte. Die amtlichen Stellen der Vereinten Staaten oder haben sich bis jetzt nicht geäußert und die maßgebenden und sachverständigen deutschen Beurteiler mühten schnell erkennen, daß der von dem früheren Reichsfinanzpräsidenten Dr. Schmidt unternommene private Versuch, die Stimmung in Amerika hinsichtlich einer Revision des Youngplans und einer Ermäßigung für Deutschland offenbar erfolglos geblieben ist. So folgte auf die grundlosen Illusionen schnell die Ermattung und Enttäuschung, auf die Börsenhausse die Ermattung, die sich in neuen Kursrückwärtigkeiten auswirkte.

Trotz dieses enttäuschenden Ausganges der Börsenwoche unterliegt es kaum einem Zweifel, daß Deutschland früher oder später ein Reparationsmoratorium wird in Anspruch nehmen müssen. Der Anspruch findet seine Begründung ohne weiteres in der schweren Weltwirtschaftskrise und ferner auch in der Veränderung des Kaufkraftwertes der Reparationszahlungen, die infolge der hohen Preissteigerungen alle Erwartungen entgegen eingetreten ist. Deutschland kann seine Reparationsleistungen ja nicht in Gold, sondern immer nur in Waren realisieren. Werden diese Waren aber durch große Erschütterungen der internationalen Märkte entwertet, so steigt damit der wirkliche Betrag der deutschen Leistungen über das ursprünglich vorgesehene Maß hinaus, und Deutschland hat dann das Recht, eine Herabsetzung der im Youngplan festgesetzten Goldmarkzahlungen zu verlangen. Die Reichsregierung hat zweifellos die Pflicht, auf dem ihr gebliebenen ersten Zeitpunkt eine Herabsetzung der Lasten des Youngplans zu verlangen. Unabhängig davon ist die Frage eines Moratoriums, das durch die Verschärfung, die die Wirtschaftskrise in den letzten Monaten erfahren hat, unvermeidbar geworden ist. Der kommende Winter wird in Deutschland nicht nur eine neue, ungeheure Welle der Arbeitslosigkeit bringen (selbst England zählt gegenwärtig schon 1 Million Arbeitslose mehr als vor einem Jahre, und in den Vereinten Staaten wird die Zahl der Erwerbslosen auf 3 1/2 Millionen veranschlagt), sondern er wird auch im Reichshaushalt ein neues, ungeheures Defizit hervorzubringen, das selbst durch einen Ueberbrückungskredit in der gewöhnlichen Höhe nicht aus der Welt geschafft werden kann. Denn auf der einen Seite sind die Kosten der Arbeitslosenversicherung nur schwerlich und vorläufig gedeckt. Selbst wenn es gelang, den Haushalt der Arbeitslosenversicherung durch die Beitrags-erhöhung einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen, kann das nur dadurch geschehen, daß ein Teil der Unterhaltungs-empfänger in der Arbeitslosenversicherung infolge der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ausgesteuert wird und nun der Arbeitslosenversicherung entzogen wird und nun der Arbeitslosenversicherung entzogen wird und nun der Arbeitslosenversicherung entzogen wird. Dadurch entstehen wieder neue Defizitbeiträge, für die das Reich keine Deckung hat. Auf der anderen Seite aber geben die Einnahmen des Reichs infolge der fortschreitenden Wirtschaftskrise ständig zurück, wodurch die Grundlasten des Reichshaushalts erschüttert werden. In der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres betrug das Gesamtaufkommen aus Steuern, Abgaben und Zinsen rund 4500 Millionen RM. Es blieb damit um 500 Millionen RM hinter der Hälfte des Jahresvoranschlags zurück. Selbst wenn man annimmt, daß die zweite Jahreshälfte etwas höhere Einnahmen bringen wird, (so z. B. bei der Umsatzsteuer infolge des Weihnachtsgeschäfts), so muß man andererseits berücksichtigen, daß die Zunahme der Beschäftigungslosigkeit die Erträge anderer Steuern ständig verringert. Es wäre also schon sehr optimistisch, wenn man den Defizitbetrag, der sich im laufenden Rechnungsjahre ergeben wird, auf 1 Milliarde RM veranschlagen wollte. Es ist selbstverständlich, daß ein so hoher Defizitbetrag nicht annähernd durch das Rekrutieren aus den neuen Steuern gedeckt werden kann. Gegenüber der Höhe der zu erwartenden Einnahmeausfälle und Defizit-überschüssen bleibt kein Ueberbrückungskredit, sondern nur ein

Die Revisions-Frage.

Neuer Vorstoß Hervés. — Herriot wünscht wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Paris. Gustave Hervés veröffentlicht in der "Victoire" einen neuen Artikel zugunsten der deutsch-französischen Wiedervereinigung durch eine Revision des Versailler Vertrages. Da ihm aber die "Action Française" vorgeworfen hatte, er stehe mit Briand unter einer Decke, legt Hervés seinen Lesern den Unterschied zwischen der Methode Briands und seiner eigenen auseinander. Er erklärt, der gegen ihn gerichtete Vorwurf sei grotesk und könne bei ihm nur ein mittelbares Lächeln hervorrufen. Dann heißt es: "Trotz der großen persönlichen Sympathie, die ich für den Menschen Briand empfinde, und trotz der Bewunderung, die ich für sein Talent als Diplomat und Redner habe, erschreckt mich die Methode Briands seit vielen Jahren ebenso sehr, wie sie die "Action Française" erschreckt. Die Methode Briands ist in ihrer Langsamkeit und Schüchternheit eine ohnmächtige und unwirksame Methode, welche die Deutschen erregt, statt sie zu befriedigen. Sie kann von heute auf morgen zu einer Katastrophe mit Polen führen. Seiner Methode setzen wir eine kühne, revolutionäre Methode entgegen, die darin besteht, alles zu prüfen, was in dem Versailler Vertrag hinsichtlich und unkorrigierbar ist, alles, was ohne Nachteil für uns, für Polen oder jeden anderen Nachbarstaat Deutschlands aufgegeben werden kann, alles, was eine unerträgliche Unleihe für Deutschland ist. Sie besteht ferner darin, dem besiegten Deutschland alle Verurteilungen und alle Genüßlichkeiten an den Hals zu geben, als wären unsere Willen dafür, daß dieser Krieg wirklich der letzte sein soll, als Zeichen dafür, daß wir bereit sind, freundschaftliche Beziehungen zu unserem südlichen Nachbar zu unterhalten. Mit der Methode Briands gibt es auf Hundert nicht eine Chance dafür, daß ein neuer europäischer Krieg in einer verhältnismäßig nahen Zukunft vermieden werden kann. Mit unserer revolutionären Methode haben wir aber 95 Prozent Aussicht, eine offene und loyale Wiedervereinigung der beiden Völker herbeizuführen und auf der anderen Seite des Rheins ein Gefühl der Freundschaft und der dauernden Dankbarkeit hervorzurufen."

Diese Methode Hervés wird von Herriot nicht gebilligt, der sich bekanntlich auf dem radikalen Kontrast in Grenoble gegen jede Revision der Friedensverträge ausgesprochen hat. Herriot will die Wiedervereinigung Deutschlands und Frankreichs auf dem Wege einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit erreichen, wie er heute wieder einem Artikel der "Ere Nouvelle" auseinandersetzt. Der frühere Ministerpräsident steht in seinem Artikel von der Rede aus, die Hermann Müller kürzlich vor der Göttingen-Gesellschaft in Zürich gehalten hat. Diese Rede sei eines der wichtigsten und wohlüberlegtesten Dokumente, das seit langem aus Deutschland bekannt geworden sei. "Der frühere Reichsminister", fährt Herriot aus, "verlangt die Unterzeichnung der französischen Demokratie. Unsere Gedanken seit sechs Jahren bewiesen unseren Willen, am Frieden mitzuarbeiten und gegen einen neuen Krieg zu kämpfen, dessen Ausbruch man mit allen Mitteln verhindern muß. Auf welchem Gebiete sollen wir aber vorgehen? Wir haben zugelassen, daß zwischen uns ständig nachteilige politische Probleme aufgewor-

fen werden, und wir laufen Gefahr, in den Abgrund zu stürzen. Nach meiner Ansicht würde es klug sein, zunächst jenen Grund zu bekämpfen, welches der Ursprung der gegenwärtigen Konvulsionen ist; es würde klug sein, durch eine gute wirtschaftliche Verständigung die Veräusserungen zu streifen und eine Beruhigung zu versuchen. Auf diese Weise könnten die politischen Probleme, die eines Tages auftauchen, zwischen vernünftigen und ruhigen Menschen erörtert werden, statt daß sie in einer schlecht erträglichen Atmosphäre wie der heutigen aufgeworfen werden."

Neue französische Stimme zur Revision. Diesmal aus der Tardieu-Gruppe.

Paris. (Telunt.) Unter der Ueberschrift "Eine mögliche Auseinandersetzung" beschäftigt sich der der Tardieu-Gruppe angehörende Kammerabgeordnete E. Fougere in der Pariser Wochenschrift "L'Européen" mit dem deutsch-französischen Verhältnis im Rahmen des europäischen Verständigungsproblems.

Der Verfasser führt u. a. aus, daß man sich in Frankreich bzw. im Kreise seiner Bekanntheitsgenossen über die deutschen Beschwerden wegen der Youngpläne ebensowenig wundert, wie über die deutschen Klagen bezüglich der territorialen Regelung. Das sei keineswegs erstaunlich, doch dürften diese Forderungen nicht zu einer verdeckten deutschen Agitation führen. Die Artikel 147 und 148 des Youngplans hätten Deutschland die offene Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen ein Moratorium zu erlangen. Was den Versailler Vertrag anbelangt, so sei im Artikel 19 des Völkerbundsstatutes ebenfalls die Möglichkeit zu einer friedlichen Revision gegeben. Andere Wege als die oben bezeichneten seien unschlüssig, da sie die europäische Lage erschüttern und verwirren müßten. Die täglichen Reibungen zwischen Deutschland und Polen, sowie die allzu große deutsche Geneigtheit gegenüber dem anarchofiktiven Rußland seien störende Faktoren, deren Beseitigung sich Frankreich wünsche.

Jedes europäische Volk habe Anspruch auf das Gefühl seiner vollkommenen Sicherheit. Darin liegt der Schlüssel sowohl zur europäischen Verständigung wie zur Abrüstung. Im übrigen müsse er wiederholen, daß die Durchführbarkeit einer wirtschaftlichen Annäherung unter den europäischen Völkern sehr viel zur Beruhigung und zur Festigung des Friedens beitragen werde. Wenn es in Deutschland Männer gebe, die energisch am Verständigungsgebäude festhalten und den Frieden nicht durch eine vollkommenen Verwerfung der Verträge und Abmachungen gefährden wollten, so sollten sie sich offen äußern. Diese Aufforderung zu einem deutsch-französischen Meinungs-austausch ist insofern beachtenswert, als sie von einem Abgeordneten der Tardieu-Gruppe ausgeht und offen auf den Artikel 19 als gangbaren Weg zur Revision hinweist.

Moratorium, das der durch übermäßige Lasten zu Boden gedrückten deutschen Wirtschaft eine Erleichterung für längere Zeit verschafft.

Reichsratsstundgebung zum Nachener Unglück.

von Berlin. Die Sitzung des Reichsrats am Donnerstag wurde mit einer Trauerkundgebung für die Opfer des Nachener Grubenunglücks eingeleitet. Der Vorsitzende, Reichsminister Dr. Wirth, gab der Trauer des Reichsrats über die furchtbare Katastrophe Ausdruck. Er gedachte dabei vor allem auch der Rettungsmannschaften, die bei der heldenmütigen Tätigkeit vom Tode ereilt worden sind. Die Mitglieder des Reichsrats hatten sich während dieser Ansprache im Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben. Der Reichsrat stimmte dann den vom Reichstag angenommenen Begehrenswürken über die Schuldenentlastung und zur Durchführung der Entschädigung auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens endgültig zu, ebenso der Ergänzung zum Handelsabkommen mit Finnland. Auch bezüglich der vom Reichstag beschlossenen Annahme wurde gegen die Stimmen der Provinzen Oesterreich und Sachsen von der Einlegung eines Einspruchs abgesehen. — Angenommen wurde ferner eine Verordnung über die inappellable Versicherung bei Reparationsarbeiten im Ausland, weiter eine Verordnung über internationale Kraftfahrzeugeverkehr, die eine Anpassung verschiedener Vorschriften an internationale Vereinbarungen bringt. Endlich wurde einem Gesetzentwurf zugestimmt, der die Reichsregierung ermächtigt, den Hintrag für die Auswertungsmöglichkeiten, der ursprünglich bis zum 1. Oktober festgelegt sein sollte, mit Rücksicht auf die Verhältnisse am Kapitalmarkt später festzusetzen, und zwar bis zum 15. Dezember dieses Jahres. In einer Entschließung des Reichsrats wird der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Reichsregierung schon vor dem 15. Dezember, sobald es irgend möglich ist, den Entwurf festsetzt. Am Schluß der Sitzung gab der Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein, von Schiffers, namens der preussischen

Reichsratsbevollmächtigten die Reichsregierung, baldmöglichst das von der Reichsregierung seinerzeit gegebene Versprechen zu erfüllen, monach der Ausdrücke Ausdruck des Reichsrates einberufen werden soll, wenn die politische Lage es erfordert. Die Voraussetzungen für die Einberufung des Ausschusses seien sehr gegeben, zumal sich die Reichsregierung auch im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages über die schwebenden außenpolitischen Fragen verhalten habe. In Beantwortung dieser Bitte wurde mitgeteilt, daß die Einberufung des Ausschusses des Reichsrats für die nächste Woche beabsichtigt sei.

Amerika zur Revisionsfrage

Washington, 24. Oktober.

Uebereinstimmend mit dem von uns gemeldeten Demostri Dr. Schachts, der vor seiner Abreise nach New York ausdrücklich betonte, die Reparationsfrage hier nicht erörtert zu haben, gibt das Schachamt folgende Erklärung aus: "Das Schachamt hatte keine offiziellen Besprechungen, weder mit offiziellen, noch mit inoffiziellen Vertretern fremder Staaten über die Revision der deutschen Schulden an Amerika, und von keiner Seite sind dem Schachamt Anregungen zur Revision der Schuldenabkommen mit den alliierten Regierungen zugegangen."

"United States Daily", das hiesige Organ für amtliche Rundmachungen, fügt dieser Erklärung hinzu, man betrachte Reparationen und alliierte Kriegsschulden nach wie vor als streng getrennt und halte an dem Standpunkt fest, daß die Bezahlung der letzteren nicht von der Erfüllung der ersteren abhängt. In ähnlichem Sinne äußert sich ein inspirierter Artikel der "Washington Post", der u. a. mit Rücksicht auf die gegenwärtig hier herrschende Depression an die bereits von Hoover betonte Notwendigkeit erinnert, einen Teil der alliierten Schuldenraten zur Bilanzierung des Budgets zu verwenden.